

Sicherheit: Betriebsrat von Station und Service schlägt Alarm

„So kann es nicht weitergehen“, sagt der Berliner Betriebsratsvorsitzende Rene Thiele, „denn die Gefährdungslage am Hauptbahnhof wird für die Fahrgäste und auch für die Servicemitarbeiter*innen immer schlimmer“. Worum geht es?



Im Kern geht es darum, dass durch die Selbstabfertigung der Fernverkehrszüge im Berliner Hauptbahnhof durch die Zugbegleiter, den örtlichen Aufsichten wurde die Zuständigkeit entzogen, es wiederholt zu gefährlichen Situationen beim Abfertigen der Züge kommt. Mehrere Erfahrungsberichte vom Servicepersonal können das belegen.

Festgestellt wird immer wieder, dass das Signal zum Schließen der Zügertüren gegeben wird, ohne dass der gesamte Zugverlauf eingesehen werden kann. Die Bahnsteige der Stadtbahn befinden sich in einer Kurvenlage und sind zudem noch sehr schmal. Daher verfügen die örtlichen Aufsichten über spezielle

Monitore, die den gesamten Überblick der Bahnsteige gewährleisten. Diese Monitore werden –aus welchen Gründen auch immer – für die Zugabfertigung durch die Zugbegleiter der Fernverkehrszüge nicht genutzt.

Wie die Erfahrungsberichte zeigen, hat das zur Folge, dass bei den Einstiegs- und Ausstiegshilfen für mobilitätseingeschränkte Reisende eine potentielle Gefährdung vorliegt. Ebenso für unsere Kolleginnen und Kollegen bei der Ausführung ihrer Hilfeleistung, denn immer schwingt die Angst mit, übersehen und durch das voreilige Schließen der Türen verletzt zu werden. Das wiederum erhöht das Unfallrisiko, sowohl für die Kunden als auch für unsere Mitarbeiter*innen.

Dieser gesamte Sachverhalt ist schon vor Monaten dem Konzernvorstand Personenverkehr bekannt gemacht worden, ohne dass jemals eine Abhilfe erfolgt wäre. Offensichtlich hält der Bahnvorstand das Thema „Sicherheit am Bahnhof“ nicht für so bedeutend, um darauf umgehend zu reagieren.

Der Betriebsrat von Station und Service jedenfalls ist nicht gewillt, diese Missachtung ihrer Gefährdungsanalyse hinzunehmen und hat den ihnen bekannten Benjamin D. Thomas vom Behindertennetzwerk der CDU in dieser Angelegenheit um Hilfe gebeten. Damit die Bundesregierung als Eigner der Bahn informiert wird und hier Abhilfe geschaffen wird, bevor es zu spät ist.